

## **A. Einsetzung, Arbeitsauftrag, Verfahren und Beratungsverlauf**

### *I. Entstehung der Kommission*

#### *1. Ausgangslage nach dem Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ der 12. Wahlperiode*

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat in ihrem Schlußbericht vom 31. Mai 1994 zum Prozeß der Aufarbeitung der SED-Diktatur unter anderem festgestellt: „Es steht außer Zweifel, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Herrschaft noch immer in den Anfängen stecken, die begonnene Arbeit also angemessen weitergeführt werden sollte. Außerdem ist zu beachten, daß es bereits Ansätze zur Verdrängung historischer Erfahrungen bis hin zur Legendenbildung gibt. Solchen Tendenzen in der öffentlichen Meinung kann nur durch die weitere intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begegnet werden [...] Eine Aufarbeitung, die die Realitäten aufdeckt, die Verantwortlichkeiten benennt und so den Erfahrungen der Menschen gerecht wird, ist entscheidend für eine demokratische politische Kultur in Deutschland. Wenn die Politik den Rang dieser Aufgabe zur Geltung bringen will, sollte sie sich aus dieser Erinnerungsarbeit nicht zurückziehen“ (Bundestagsdrucksache 12/7820, S. 280; auch in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 18 Bände, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995 – im folgenden zitiert: Materialien –, Band I, S. 740 f.).

Die Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode hat damit unmißverständlich die Fortführung des Aufarbeitungsprozesses als eine Aufgabe auch der Politik angesehen und damit eine weitere Befassung des Parlaments als des obersten, unmittelbar demokratisch legitimierten Verfassungs- und politischen Führungsorgans mit dieser Thematik nahegelegt.

### *2. Anträge und Ausschußberatungen*

2.1 An diese Bewertung haben die Fraktionen in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit zwei hinsichtlich des Arbeitsauftrages verschiedenen, in wesentlichen Zielsetzungen jedoch gleichgerichteten und zum großen Teil sogar textidentischen Anträgen vom 31. Mai 1995 angeknüpft.

Die Fraktionen von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. haben die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ beantragt (Bundestagsdrucksache 13/1535). Sie soll sich gemäß dem Antrag aus –von den Fraktionen nach